

**Registriernr.: 20412**

**Maßnahme:**

**B-Plan Nr. 3 "Am Strandweg" im beschleunigten Verfahren gem. § 13b BauGB der Gemeinde Blankenberg**

**Stellungnahme untere Naturschutzbehörde**

Im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB<sup>1</sup> hat der Satzungsentwurf der Gemeinde Blankenberg über den Bebauungsplans Nr. 3 „Am Strandweg“ bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und Textliche Festsetzungen (Teil B) sowie die Begründung als Vorentwurf zur Prüfung vorgelegen.

**Stellungnahme zur Eingriffsregelung**

(Annika Baumgart, Tel: 03871 722 – 6815, E-Mail: annika.baumgart@kreis-lup.de)

Gegen den Bebauungsplan „Am Strandweg“ der Gemeinde Blankenberg bestehen grundsätzlich keine Bedenken. In den Textteil B sind nachfolgende Punkte aufzunehmen:

1. Der Gehölzschutz mit den Punkten 1. bis 4. (aktuell unter „Hinweise“) ist in die Festsetzungen als Punkt 4.2 aufzunehmen.
2. Punkt 1. unter „Gehölzschutz ist wie folgt zu ändern:
  - Der Satz *„Ausnahmen beim Baumschutz bedürfen der vorherigen Ausnahmegenehmigung der zuständigen Naturschutzbehörde (hier Landkreis).“* ist zu entfernen.
3. Punkt 1. unter „Gehölzschutz“ ist um folgenden Satz zu erweitern:
  - Jegliche Baustelleneinrichtungen, Materiallagerplätze, das Abstellen von Baufahrzeugen usw. sind nicht in Allee- und Wurzelbereichen festzulegen.
4. Punkt 3. unter „Gehölzschutz“ ist wie folgt zu ändern:
  - Das Verfahren und die Höhe der Ersatzpflanzung bei Gehölzrodungen richtet sich nach § 18 NatSchAG M-V und dem Baumschutzkompensationserlass<sup>2</sup> vom 15.10.2007. Der Ausgleich ist gemäß den Hinweisen zur Eingriffsregelung<sup>3</sup> umzusetzen.

---

<sup>1</sup> Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist

<sup>2</sup> Baumschutzkompensationserlass – Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz vom 15. Oktober 2007 – VI 6 – 5322.1-0

<sup>3</sup> Hinweise zur Eingriffsregelung – Regelwerk zur Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt vom 01.06.2018

**Begründung**

Auf die nach § 18 NatSchAG M-V geschützten Gehölze ist besondere Rücksicht zu nehmen. Es sind alle Maßnahmen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder sonstigen erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung führen können, verboten. Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Naturschutzbehörde Ausnahmen und Befreiungen zulassen. Hier gilt § 15 Abs. 2 und 6 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) entsprechend.

Soweit Maßnahmen der Vermeidung oder Minderung begründet sind, müssen diese als Festlegung oder Hinweis in den Satzungsentwurf aufgenommen werden. Nur dann werden diese verbindlich. Textliche Angaben oder Erklärungen in einer Begründung bzw. im Umweltbericht dienen der Herleitung, Erläuterung und Begründung, bleiben aber letztendlich unverbindlich. Verbindlich werden nur diejenigen Festlegungen und Hinweise, die konkret im Satzungsentwurf dargestellt sind. Hier bedarf es noch kleinerer Ergänzungen damit die naturschutzrechtlichen Belange ausreichend berücksichtigt werden.

**Artenschutz:**

(Stefan Labes, Tel.03871-722-6833, E-Mail: [stefan.labes@kreis-lup.de](mailto:stefan.labes@kreis-lup.de))

Die artenschutzrechtliche Betrachtung geht von einer Potenzialabschätzung aus. Die daraus abgeleiteten Maßnahmen zur Vermeidung des Eintritts der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind in dem vorliegenden Artenschutzfachbeitrag hergeleitet worden. Diese Maßnahmen sind auch Bestandteil der Begründung des Planes und sind in den Text Teil B übernommen worden. Die Einhaltung dieser Hinweise gewährleistet, dass dem B-Plan keine Verbotstatbestände entgegenstehen.